



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Delegationsreise der Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten des Deutschen Bundestages nach Algerien und Tunesien vom 09. bis 15. Februar 2015

ALGERIEN

Montag 09. Februar

Briefing durch **Botschafter Lingenthal** und Gespräch mit Frau Sachse-Toussaint vom Goethe Institut:

Es gibt nach wie vor kein Kulturabkommen und damit keinen gesicherten Status für das **Goethe Institut**. Die Leiterin arbeitet von der Deutschen Botschaft aus und Veranstaltungen und Sprachkurse müssen in den Räumen von französischen oder amerikanischen Privatschulen aus stattfinden. Die deutsche Kulturarbeit ist damit kaum erkennbar.

Die Nachfrage hingegen ist enorm. Die algerische Seite äußert zwar Interesse an verstärkter Kulturarbeit – hat aber bis heute nicht auf einen Vertragsentwurf reagiert, der von deutscher Seite in 2013 vorgelegt wurde. Ohne einen gesicherten Status für das Goethe Institut können keine größeren Investitionen vorgenommen werden, die für den Erwerb eine Immobilie oder ähnlichem erforderlich wären.



Abbildung 1: Delegationsleiterin Gabriela Heinrich im Gespräch mit Mitgliedern der deutsch-algerischen Parlamentariergruppe

Am letzten Tag unserer Reise erfahren wir außerdem noch von der Leiterin des DAAD in Tunis, die auch für Algerien zuständig ist, dass im letzten Jahr der Versuch einer Lektorin gescheitert ist, eine Tätigkeit an der Universität in Algier auszuüben, weil sie auch nach 8 Monaten noch kein Visum bekommen hatte und ihr Aufenthalt damit als illegal anzusehen war.

Sie konnte deswegen weder eine Wohnung beziehen, noch ihre Umzugsgüter in Empfang nehmen und verließ das Land wieder.

Die einzige Lektorin in Algerien, die es an der Universität in Oran gibt, wird demnächst auch abgezogen, weil ihre Arbeitsbedingungen schlicht unzumutbar sind und sie in ihrer Arbeit vor Ort massiv behindert, statt gefördert wird. Dabei ist das Interesse und die Nachfrage unter den StudentInnen an den Universitäten extrem hoch.

Auch in sämtlichen Gesprächen mit Vertretern der algerischen Regierung wird immer wieder das große Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland geäußert, was überhaupt nicht mit der Praxis derjenigen übereinstimmt, die versuchen, diesem Interesse nachzukommen.

GIZ: Das Gespräch mit den Vertretern der GIZ und ihren algerischen Partnern ist schlicht zu abstrakt, um auch nur ansatzweise zu verstehen, was dort eigentlich gemacht wird. Außerdem dominiert einer der Gesprächspartner, ein Vertreter des Industrieministeriums das Gespräch derart, dass die anderen nicht zu Wort kommen.

Im Ergebnis also wenig ergiebig.

AHK:

Die Außenhandelskammer hat 400 Mitgliedsunternehmen, davon 70 % lokale und 30 % deutsche Unternehmen. Die Dienstleistungen der AHK umfassen die Geschäftspartnervermittlung, Rechtsberatung, Förderung der Exportfähigkeit und Ausbildung einheimischer Ingenieure.

Seit dem Inkrafttreten der 49/51- Regel (mindestens 51 % Anteile von algerischer Seite) sind keine neuen ausländischen Unternehmen mehr dazu gekommen. Die vorhandenen hatten schon vor 2009 in Algerien investiert und genießen Bestandsschutz.

Die Idee hinter diesem Gesetz war es, durch die hohen Staatsinvestitionen von 700 Mrd. Dollar in den letzten 15 Jahren auch technisches Knowhow im Land zu generieren. Das hat jedoch nicht funktioniert. Gerade die chinesischen Auftragnehmer, als größte Handelspartner Algeriens, bringen ihre Belegschaft vollständig selber mit, so dass kaum algerische Arbeitskräfte davon profitieren.

Im Gespräch mit den Vertretern deutscher und algerischer Unternehmen erfahre ich u.a. dass die legendäre U-Bahn in Algier, an der seit 20 – 30 Jahren gebaut wird tatsächlich vor 2 Jahren fertig gestellt wurde, was ich unbedingt mit eigenen Augen sehen will.

Beim Abendessen treffen wir drei algerische Repräsentanten der Friedrich Ebert Stiftung und der Konrad Adenauer Stiftung. Die ursprünglichen Büros **der politischen Stiftungen** mussten 2013 wegen der verschärften Gesetze schließen. Bei dem Gespräch geht es vor allem um die Situation der Frauen in Algerien, die sich im Zuge von Kompromissen mit den Islamistischen Bewegungen kaum verbessert hat. Im Hinblick auf den Koran sei die algerische Gesellschaft sehr scheinheilig. Wenn es um die Frauen geht, beruft man sich nach wie vor darauf, dass bspw. die Gleichstellung im Erbrecht nicht möglich ist, weil dies im Koran festgelegt sei, während man keine Probleme damit habe, Weine im großen Umfang zu produzieren und auch zu konsumieren, obwohl der Koran das eigentlich auch nicht zulasse.

Dienstag 10. Februar:

Senat: die zweite Kammer besteht aus 2/3 gewählten und 1/3 vom Präsidenten ernannten Mitgliedern. Es begrüßt uns der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Boulahia, der sich noch an unseren letzten Besuch in 2011 erinnert.

Früher war er Shura-Vorsitzender der Maghreb Union.

Er legt uns die algerische Sicht der Dinge auf die Krisen dieser Welt dar, die wir im Folgenden in gleicher Weise noch mehrfach hören werden und die auch immer sehr überzeugend klingt aus grüner Sicht: keine Einmischung und keine Intervention gegenüber anderen Staaten. Demokratie kann nicht importiert werden, sondern muss wachsen. Es gibt nur politische, keine militärischen Lösungen. In der Westsahara muss das Völkerrecht umgesetzt werden und die Saharais sollen ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können.

Der eindrucksvolle Versammlungssaal des Senats ist der historische Ort, an dem die algerische Republik ausgerufen worden ist.

Von dort gehen wir zur **Assemblée nationale**, nur wenige Meter vom Senat entfernt, wo wir mit Mitgliedern der deutsch-algerischen Freundschaftsgruppe sprechen und anschließend zu Mittag essen (leider wieder an einem Ort, zu dem wir eine gefühlte Unendlichkeit Autofahren).

Die Verfassungsreform wurde schon nach den letzten Wahlen versprochen und soll diesmal endlich kommen. Es dauert, weil die Verfassung im Konsens verabschiedet werden soll. Die Anhörungen laufen und es gibt mehrere Vorschläge, wobei mein Gesprächspartner betont, dass der Vorschlag des Präsidenten selbstverständlich der Beste sei.

Meine Tischnachbarin (die Tunesier in Frankreich vertritt) fasst die politische Lage wie folgt zusammen: bei uns gibt es nicht rechts oder links. Bei uns ist man entweder für oder gegen den Präsidenten.

Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament ähneln daher denen im derzeitigen Bundestag: 75 % der Abgeordneten unterstützen den Präsidenten. Es gibt damit auch in Algerien eine sehr große Koalition.

Zu den Ursachen des Terrors Anfang der 90er Jahre befragt verweist sie darauf, dass der Terror



Abbildung 2: Historischer Sitzungssaal des Senats, in dem die Unabhängige Republik Algerien ausgerufen worden ist

von außen nach Algerien hinein getragen worden sei, nachdem das Land erstmals 1988 freie Wahlen abgehalten habe. Die algerische Gesellschaft sei damals noch nicht bereit gewesen für freie Wahlen. Der Sieg der FIS sei nur durch die geringe Wahlbeteiligung von 30 % zu erklären gewesen. Außerdem seien die zahlreichen radikalisierten Rückkehrer aus dem Afghanistan-Krieg dann zum militärischen Arm der FIS geworden und hätten den Terror verbreitet. Die jungen Männer seien in den 80er Jahre durch radikale Kräfte gezielt für den Krieg auf

Seiten der Taliban angeworben worden und seien mangels Perspektive im eigenen Land dafür sehr anfällig gewesen.

Der „Westen“ habe das nie verstanden und geglaubt, die Regierung Algeriens würde den Beginn der Demokratie unterdrücken. Man habe Algerien mit dem Terror allein gelassen, bis die Welt dann 2001 lernen musste, was es mit dem internationalen Terrorismus auf sich hat.

Es ist dies die absolut unumstrittene Sicht der Algerier auf die Dinge, wie sie uns immer wieder von allen Seiten geschildert wird und ich halte sie auch nach wie vor für nachvollziehbar. Dennoch bleibt das Dilemma, dass sich demokratisch gewählte Kräfte nicht einfach verbieten lassen und dies einerseits regelmäßig zu Gewalteskalation führt und andererseits einen

unauflösbaren Widerspruch mit dem demokratischen Prinzip der Legitimation durch Wahlen enthält.

Weiter geht es dann zur **Tourismusministerin**. Die Autofahrten in Algier sind nicht wirklich in Worte zu fassen – der erste Kollege scheidet nach dieser Fahrt für den Rest des Tages aus und der Gesichtsfarbe nach hat er auch nicht simuliert!

Die Ministerin für Tourismus und Handwerk ist von strahlender Freundlichkeit und will uns erzählen, es gäbe überhaupt keinen Anlass zur Sorge in der Sahara. Die Deutschen sollten nicht immer auf die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes hören. Schließlich sei ja auch die Begleitung der Sicherheitsdienste vor Ort sicher gestellt. (Ich versuche gar nicht erst, ihr zu erklären, dass deutsche Touristen gar nicht den Drang verspüren, dort Urlaub zu machen, wo sie von algerischen Sicherheitskräften begleitet werden müssen.)

Algerien würde jetzt den Ausbau der Infrastruktur voran bringen und für den Bau von Hotels sorgen. Das hatte ich allerdings auch 2011 so schon genauso gehört. Sie hätten ja schließlich ausreichend Mittel, alle zu versorgen, die kommen wollten. Auf die Nachfrage, ob man dafür nicht vielleicht auch die Visaerteilung erleichtern sollte, damit auch Touristen in das Land einreisen und in den Hotels übernachten können, belehrt sie uns, dass das nicht nötig sei. Man hätte genug Einheimische, die gerne Urlaub machen würden.

Von den 2,7 Mio Touristen im Jahr seien 900.000 einheimische Touristen und die restlichen 1,8 Mio seien Auslandsalgerier, die ihre Heimat besuchten.

Anschließend fahren wir zur **Baustelle der großen Moschee**, die zu den weltgrößten gehören soll und auf jeden Fall größer als Casablanca wird. Den Auftrag hat ein deutsches Architektenbüro erhalten. Der Generaldirektor lobt dieses dafür, dass sie den Transfer von Knowhow an junge algerische Ingenieure und Architekten ermöglichen.

Ganz anders ist es offensichtlich bei der chinesischen Baufirma, die bei der Ausschreibung alle anderen weit unterboten hat und sämtliche Arbeiter selbst mitbringt.

Ich kann mir den Gedanken nicht verkneifen, was man mit diesen Milliarden für dringende Investitionen in Schulen und Hochschulen im Land hätte tun können. All diese Mittel nur zum Beten!

Mittwoch, 11. Februar

Morgens geht es über Land zu einer Forschungsstation für erneuerbare Energien.

850 Mitarbeiter, davon 400 Forscherinnen und Forscher arbeiten an drei verschiedenen Standorten im Land an diversen Projekten. In dem Zentrum selber halten sich viele von Ihnen bereit, uns ihre einzelnen Projekte vorzuführen. Leider verbraucht der Direktor mal wieder die gesamte Zeit für seinen wenig konkreten Powerpointvortrag, so dass die jungen Forscherinnen nicht mehr zum Zuge kommen. Es ist ein immer wiederkehrendes Ärgernis auf solchen Delegationsreisen.

Wir verstehen alle nicht, warum wir in Algerien kein einziges Solarpanel entdecken können, obwohl doch immer wieder die großartigen Möglichkeiten betont werden und die Mittel auch vorhanden sind. Das gehört zu den unbegreiflichen Widersprüchlichkeiten in diesem Land. Je mehr ich mich damit beschäftige, desto weniger verstehe ich es.

Verteidigungsministerium

Als nächstes sprechen wir mit dem Abteilungsleiter für internationale Beziehungen, dem **Generalmajor Mekri**, und weiteren militärischen Vertretern im Verteidigungsministerium.

In einer bemerkenswerten Offenheit legt uns der General die algerische Sicht der Dinge dar und übertrifft dabei noch alle vorherigen Gesprächspartner. Amüsiert beobachte ich die Gesichtsmimik meiner Kollegin von den Linken, während uns der General sauber analysiert, warum militärische Interventionen nie die Lösung, sondern vielmehr die Ursachen der Krisen in der Welt seien. Es sei nicht nur die „DNA“ der algerischen Politik, das Militär niemals im Ausland einzusetzen, sondern auch in der Verfassung festgeschrieben.

Anders als die Tourismusministerin bezeichnet er die Lage im Sahel als besorgniserregend. Die Aussöhnungsverhandlungen zwischen den Malischen Gruppen seien schwierig – gingen aber voran. In Libyen habe man viel Zeit verloren (!). Es sei aber schon ein Erfolg, dass die Parteien jetzt in Genf überhaupt an einem Tisch sitzen.

Das größte Problem seien die absurden Mengen an Waffen, die in Libyen und aus Libyen heraus vagabundierten. Welche Auswüchse das genommen habe, illustriert er an einem Libyer, der dabei beobachtet wurde, wie er sich ein Jagdflugzeug in seinen Vorgarten gezogen hat und von Hochzeitsumzügen, bei denen Panzer mit fahren.

Mit Tunesien laufe die Zusammenarbeit sehr gut, vor allem hinsichtlich der Geheimdienste. Auf die Frage, was die EU oder Deutschland tun könnten, um zu helfen, eine weitere Katastrophe in Niger zu verhindern, antwortet er mit: Armutsbekämpfung. Trotz seiner zahlreichen Uranminen sei das Land bitterarm und bräuchte dringend Wirtschaftshilfe.

Beim Mittagessen treffen wir Vertreter der Zivilgesellschaft.

Der **Präsident der Liga für Menschenrechte, Benissad**, berichtet von erheblichen Rückschritten durch das Vereinigungsgesetz von 2013, wonach keine Versammlung mehr ohne Genehmigung möglich ist und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland grundsätzlich verboten wurde.

Das Strafrecht entspricht weitgehend dem französischen code penal. Von einer richterlichen Unabhängigkeit könne aber keine Rede sein, da das Gremium, welches für die Versetzung, Beförderung, Ernennung oder Entlassung von Richter zuständig sei, von Regierungsseite dominiert würde.

Die Gefängnisse seien hoffnungslos veraltet. Es stünden pro Insasse lediglich 1,5 m² zur Verfügung. Der Bau moderner Gefängnisse sei allerdings in Planung. Als Menschenrechtsorganisation würden sie keinerlei Zugang zu den Gefängnissen haben.

Die Vertreterin der LGBT-Gruppen (sexuelle Minderheiten) berichtet von massiver Bedrohung, die vor allem aus der Gesellschaft heraus käme, aber auch durch den Staat. Es kursierten Aufrufe und Videos zur Ermordung von Homosexuellen, die keine Empörung oder Solidarität hervorriefen, sondern auf Verständnis selbst von Teilen der normalen Bevölkerung stoßen.

Von staatlicher Seite würden Homosexuelle auch verfolgt. Verurteilungen würden in der Regel wegen anderer Taten erfolgen. Homosexualität sei aber auch strafbar. Hier gehen die Meinungen zwischen ihr und Benissad allerdings auseinander. Es bleibt etwas unklar, was wirklich im Gesetz steht.

CIDDEF ist eine NGO, die sich mit häuslicher Gewalt auseinandersetzt und dazu eine Dokumentationsstelle unterhält und kostenlose Rechtsberatung anbietet. Gewalt gegen Frauen sei in den letzten Jahren durchaus ein präsent Thema, nachdem man sich mit Frauen als Opfer des Terrorismus auseinandergesetzt habe. Es sei jetzt sogar ein gesonderter Straftatbestand für Gewalt gegen Frauen im Gesetzgebungsverfahren. Sie berichtet von weiteren Gesetzesinitiativen zur Stärkung von Kinderschutz und Jugendämtern, der Einführung von Unterhaltsvorschuss beim Kindesunterhalt und einem gesonderten Anti-Diskriminierungsgesetz, dass allerdings nicht für Homosexuelle gelten würde.

Die **Familienanwältin Bouagache** relativiert allerdings schnell die Euphorie über diese geplanten Gesetze, die sie als „Sand in die Augen streuen“ bezeichnet. Es gäbe nach wie vor kein Anzeigerecht für unbeteiligte Zeugen bei häuslicher Gewalt. Weder Nachbarn, noch Kinderärzte dürften entsprechende Anzeigen erstatten. Nur das Opfer selbst könne ein Ermittlungsverfahren herbeiführen.

Bouagache äußert Interesse daran, in Sachen Familienrecht in Kontakt zu bleiben. Sollte ich tatsächlich noch mal eine Einzeldienstreise möglich machen, könnten wir uns eine gemeinsame rechtsvergleichende Veranstaltung zum Familienrecht vorstellen.

Am Nachmittag treffen wir uns in der Botschaft mit dem UNHCR und der Welthungerhilfe. Beim **UNHCR** in Algier sind etwa 5000 syrische und palästinensische Flüchtlinge registriert. Aus der Subsahara sind es gerade einmal 200.

Hintergrund dafür ist, dass überhaupt nur die arabischen Flüchtlinge eine Chance haben geduldet zu werden. Es gibt in Algerien keine Asylgesetzgebung. Selbst wenn Flüchtlinge vom UNHCR als solche anerkannt werden, hat das für ihren Status in Algerien keine Auswirkungen. Gerade erst wurden 2000 Nigerianer in ihr Herkunftsland abgeschoben.

Die Syrer konnten hingegen bis zum 01.01.2015 ohne Visum einreisen und werden im Land geduldet. Ob sie jetzt immer noch problemlos einreisen können, ist offen. Schätzungen gehen von ca. 20.000 Syrern aus, die bereits im Land sind. Die Schwarzafrikaner sind und bleiben illegal, auch wenn der UNHCR sie anerkennt und haben keine Chance auf eine Arbeitserlaubnis.

Der algerische Staat führt weder eine Prüfung durch, noch erteilt er irgendwelche Bescheide. Eine entsprechende Gesetzgebung soll allerdings in Arbeit sein. (mal wieder)



Abbildung 3: Gespräch mit der Welthungerhilfe

Francesca Caponera berichtet uns über die verheerenden Aussichten für die Versorgung der Flüchtlingslager der Polisario durch die **Welthungerhilfe**.

Nach dem kurzen Einbruch bei den Einnahmen während der Finanzkrise 2008 seien die Beiträge, insbesondere der Amerikaner, zunächst wieder deutlich angestiegen. Seit 1986 versorgt die Welthungerhilfe die Saharais, die in ihren Lagern vollständig von externer Versorgung abhängig sind, mit

Lebensmitteln.

Weil sich die UN, die Polisario und der algerische Staat nicht auf die Zahl der Flüchtlinge einigen konnten, spricht man von 90.000 Tagesrationen plus 35.000 Sonderrationen für die Schwangeren und weitere besonders Bedürftige. Bei den regelmäßigen Kontrollen zeigt sich, dass diese Rationen ausreichen, um die Ernährung sicher zu stellen. Es sind also maximal

120.000 Flüchtlinge in den Lagern. Junge Männer seien in der Regel kaum anwesend, dafür Frauen und Kinder. Es gibt 32.500 Grundschüler.

Der Organisationsgrad in den Lagern sei weltweit einmalig für ein Flüchtlingslager. Es gäbe eine vollständige Exilregierung mit Präsident, Premier, Ministern und Abteilungen für alles Mögliche.

Seit letztem Jahr sind die Mittel der Welthungerhilfe völlig eingebrochen. Aufgrund der weltweiten Flüchtlingskatastrophen wurde die Mittel gekürzt. So zahlen bspw. die USA statt 8 Mio. nur noch 3 Mio. Dollar.

Das letzte Jahr wurde nur noch überbrückt, indem man bereits Ressourcen für 2015 verbraucht habe. Spätestens im Juli seien die Lager leer und die Versorgung am Ende. Eine solche Situation habe sie noch nicht erlebt. Mehr als appellieren könne sie nicht.

Beim Abendessen ist **Herr Gino Barsella vom Italienischen Rat für Flüchtlinge** unser Gast. Er ist seit 2011 in Algerien, nachdem er Libyen verlassen musste, wo er seit 2009 für die Flüchtlinge, die in Gaddafis Aufnahmelagern gestrandet waren, zuständig war. Von italienischer Seite wollte man die Probleme der Flüchtlinge bearbeiten, bevor sie nach Italien kamen. Seine drei Hauptaufgaben waren es 1. Arbeitssuche und Integration; 2. Gewährung von Schutz und 3. freiwillige Rückführung in die Ursprungsländer.

Das Projekt sei sehr erfolgreich gewesen, bevor dann 2011 keine Arbeit mehr möglich war. Jetzt würden die Menschen zu leichten Opfern der Menschenschmuggler und die ehemaligen Lager seien quasi leer.

Ich kann dem Gespräch aufgrund der schlechten Akustik, in dem ungeeigneten Umfeld nicht mehr bis zu Ende folgen. Dennoch ist festzuhalten, dass Herr Barsella sehr viel Erfahrung aufweist und ein lohnender Gesprächspartner in Berlin sein könnte.

Donnerstag, 12. Februar



Abbildung 4: U-Bahnplan in Algiers

Am letzten Tag haben wir endlich Gelegenheit die Altstadt von Algiers zu besichtigen.

Auf mein Drängen hin fahren wir mit der funkelnagelneuen U-Bahn 2 Stationen in die Innenstadt. Hier hat sich seit dem letzten Besuch vor 4 Jahren einiges verändert. Es gibt tatsächlich jede Menge Einkaufsmöglichkeiten und sogar ein kleines Cafe auf einem Rondell, das man wohlwollend als den Ansatz eine Minifußgängerzone bezeichnen

könnte. Der Kaffee besteht allerdings aus einer Fertigmischung, die man sich selbst einrühren muss und die Abgase brennen in den Atemwegen.

Zu Beginn der Kasbah Führung machen wir eine Baustellenbegehung im ältesten Teil, der Citadelle d'Alger, wo die Restaurierungen bereits in vollem Gange sind und uns zwei junge algerische Architektinnen stolz das Projekt zeigen.

Der Statthalter des osmanischen Reiches hatte sich dort Anfang des 17.Jhd.s seinen Palast gebaut. Man zeigt uns den Saal, in dem 1830 die Geschichte mit dem Federfächer stattgefunden habe. Dass wir diese Geschichte nicht kennen, können unsere jungen Begleiterinnen kaum

fassen. Nach dieser Geschichte hatten die Algerier (wohl eher der osmanische Fürst!) dem französischen Volk nach der Revolution Geld geliehen und später vom Botschafter Frankreichs wieder zurück gefordert. Nachdem der sich zum wiederholten Mal weigerte zu zahlen, habe ihn der Fürst vor Ärger mit dem Fächer durchs Gesicht gewischt. Diese Beleidigung habe dazu geführt, dass die Franzosen nach Algerien einmarschiert seien und dieses 1830 dauerhaft besetzten. An der Legende scheint allerdings wenig plausibel. War es nicht eher das osmanische Reich, was chronisch überschuldet war?

Der Zustand der Kasbah ist nach wie vor derselbe wie vor 4 Jahren. Aber auch hier soll es konkrete Planungen zu umfangreichen Sanierungen geben. Man schätzt, dass 30 % unrettbar verloren sind, aber die verbliebenen 70 % sollen gerettet werden. In den 30 % Lücken sollen Grün- und Erholungsflächen entstehen. Bei diesem Projekt spielt die Kooperation mit der Türkei eine entscheidende Rolle, da deren Fachleute das entsprechende Knowhow verfügen, diese aus der Zeit des osmanischen Reichs stammende Bausubstanz zu erhalten.

Um 15:00 soll unser Flug nach Tunis starten. Da das Flugzeug zwei Stunden Verspätung hat, warten wir in der VIP Lounge bis etwa 17:00.

In Tunis stellen wir dann fest, dass die meisten unserer Koffer geöffnet und durchwühlt wurden. Leider sind sie bei mir fündig geworden: sowohl mein Bundestagslaptop als auch mein I- Pad sind unwiederbringlich verloren.

TUNESIEN

Nach unserer Ankunft treffen wir auf einem Empfang bei Botschafter Reinicke auf deutsche und algerische Vertreter der deutschen Wirtschaftsunternehmen, die in Tunesien tätig sind.

Die ersten Gesprächsversuche verlaufen allerdings eher unglücklich: ein deutscher Unternehmer erklärt mir, dass er nur wegen der niedrigen Löhne da sei und weil er in Tunesien als Exportunternehmen keine Steuern zahlen müsste. Ausbilden würde er auch nicht, da sein Unternehmen nur einfache Arbeiter ohne Qualifikation benötigte.

Kurz bevor ich den Abend als verloren aufgabe, treffe ich auf den tunesischen Chef der Niederlassung von Leonie, einer Zulieferfirma für die Autoindustrie. M Rouis und ich vertiefen uns in eine hochpolitische Diskussion über den Sinn von Steuerzahlungen bis hin zu Rüstungsexporten.

Freitag, 13. Februar

Zum Frühstück um 08:00 treffen wir die Vertreter der politischen Stiftungen, u.a. auch **Joachim Paul von der Heinrich-Böll-Stiftung**.

2014 hat Tunesien einen großen Schritt in Richtung Demokratisierung gemacht, nach zwei eher schwierigen Jahren zwischen 2012 und 2013.

Am 26.01.14 wurde die neue Verfassung angenommen, am 26.10.14 das neue Parlament und am 21.12.14 ein neuer Präsident gewählt.

Hinter der neuen Regierung steht eine Mischung aus 50 % parteilosen Experten und die andere Hälfte ist eine Koalition aus 4 Parteien. Die Ennahda gehört zwar nicht zur Koalition hat aber einen Ministerposten und einige ihr nahe stehenden Regierungsmitglieder.

Es handele sich um einen Konsens der Eliten. Manche fühlten sich nun von Nida Tounis verraten, die man doch gewählt habe, um Ennahda zu verhindern.

Am kritischsten wird die Sicherheitssektorreform bei der Polizei eingeschätzt, die das Unterdrückungsinstrument des alten Regimes war. Leider gehört gerade der Innenminister ebenfalls zu den alten Hardlinern.

Die Wirtschaftslage ist von vielen Streiks geprägt, was u.a. daran liegt, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände noch nicht gelernt hätten, miteinander zu verhandeln. Das Bildungssystem habe auch in Tunesien durch die Arabisierung gelitten, allerdings nicht so stark wie in Algerien.

In der Botschaft treffen wir drei Vertreter der Zivilgesellschaft, darunter eine NGO, die sich als tunesisches Abgeordnetenwatch vorstellt. Im Verlauf des Gesprächs stellt sich allerdings heraus, dass diese NGO sich weniger der Kontrolle der Abgeordneten als vielmehr der Unterstützung derselben durch technische und wissenschaftliche Hilfe widmet. Man habe erkannt, dass die Abgeordneten gar nicht in der Lage seien zu arbeiten, da sie weder Büro noch Mitarbeiter hätten. Deswegen versorgt man sie jetzt mit der Expertise von drei Juristen – also eher eine Art wissenschaftlicher Dienst.

Der Schatzmeister des **Vereins der junger Anwälte** berichtet mir kurz über deren Tätigkeiten. Es gibt etwa 9.000 Anwälte in Tunesien, davon sind 800-900 Mitglied seines Vereins, bei dem eine Altersgrenze von 45 gelte.

Die Ausbildung und Zulassung habe sich erst kürzlich geändert. Früher brauchte man entweder einen vierjährigen Universitätsabschluss und eine Prüfung oder einen sechsjährigen Abschluss (master) und keine weitere Prüfung, um als Anwalt zugelassen zu werden.

Seit 2008 beträgt das Universitätsstudium zwar leider nur noch 3 Jahre, dafür gäbe es aber anschließend einen verpflichtenden zweijährigen Besuch einer Anwaltschule (ecole des advocats), ohne die niemand zugelassen werden könne.



Abbildung 5: Tunesien: historisches Parlamentsgebäude mit der 700 Jahre alten Löwentreppe

Zum Mittagessen sind wir beim Parlamentspräsidenten und zwei seiner Vizepräsidenten eingeladen. Dabei außerdem der deutsch-tunesische Abgeordnete Ferjani, der die 90.000 in Deutschland lebenden Tunesier vertritt und als Rechtsanwalt in Düsseldorf zugelassen ist.

Das Parlament ist gerade dabei, sich zu organisieren und Ausschüsse einzurichten. Man ist interessiert daran, ob wir ein Präsidium haben, wie viel Vizepräsidenten es gibt und was ein Ältestenrat ist.

Einen spannenderen Zeitpunkt kann man sich kaum vorstellen, um ein Parlament im Entstehungsprozess zu besuchen!

Es gibt einen dringenden Bedarf an Austausch unter Parlamentariern. Ich nehme mir vor, mit Ferjani in Kontakt zu bleiben.



Abbildung 6: Im Gespräch mit Staatspräsident Beiji Caid Essebsi

Anschließend empfängt uns der Staatspräsident persönlich in seinem Dienstsitz. Er nimmt sich mehr Zeit als geplant für uns und macht für seine 87 Jahre einen sehr fitten und aufmerksamen Eindruck. Er legt bei seinen Ausführungen auch einen klaren Schwerpunkt auf die regionale Sicherheitslage.

Von dort geht es zum Justizminister, wo ich meine rechtspolitischen Fragen loswerden kann.

Das Verfassungsgericht besteht aus neun RichterInnen, die von einem politischen Gremium

(Richterwahlausschuss?) ernannt werden und mindestens über 20 Jahre Berufserfahrung verfügen müssen. Eine Individualbeschwerde gibt es nicht. Dafür die Möglichkeit ein Gesetz a priori, also vor seiner Verabschiedung, dem Gericht vorzulegen.

Was die Unabhängigkeit der Richterschaft angehe, sei die neue Verfassung eine echte Revolution. Jeder Einfluss der Regierung auf die Ernennung, Versetzung etc. sei ausgeschlossen worden. Jegliche Disziplinarmaßnahmen seien voll justiziabel.

Hinsichtlich der Staatsanwälte habe man sich bewusst gegen eine vollständige Gleichstellung mit den Richtern in Sachen Unabhängigkeit entschlossen.

Es gibt eine eigene Verwaltungsgerichtsbarkeit – die gab es aber auch schon vorher.

Nach wie vor gibt es die Todesstrafe im Gesetz. Sie wird auch verhängt, aber nicht mehr vollstreckt.

Als nächstes werden wir noch vom Premierminister empfangen und haben anschließend die Gelegenheit einmal kurz durch die Medina (Altstadt) zu laufen.

Zum Abendessen haben wir Fachleute zum Thema Asylgesetzgebung zu Gast. Einige davon waren als Delegation kürzlich in Berlin, um sich bei Innenminister de Maiziere über die deutsche Gesetzgebung zu informieren.

Ich spreche vorrangig mit der persönlichen Referentin des Justizministers und dem zuständigen Mitarbeiter des Innenministers, der an dem Entwurf für ein tunesisches Asylgesetz schreibt.

Wer die Federführung für die Flüchtlingsfragen haben wird, steht noch nicht fest. Neben dem Innen- und dem Justizressort ist auch das Sozialressort in der Diskussion. Ich bin mir mit der Justizreferentin einig, dass es wichtiger wäre, das Justizressort zu stärken und die Flüchtlingsfrage nicht unter der Überschrift „Innere Sicherheit“ anzusiedeln. Ich nutze die Gelegenheit, die Sicht der deutschen Opposition darzulegen, die bei der Berlin-Reise der Tunesier offensichtlich nicht auf dem Programm stand.

Übereinstimmend wird uns erneut die Zahl der in Tunesien lebenden Syrer mit derzeit ca. 1,3 bis 1,9 Mio. angegeben. Ein bilaterales Abkommen unter dem Rahmen eines sogenannten „Maghreb-Abkommen“ garantiert den Libyern volle Teilhaberechte und wohl auch eine Arbeitserlaubnis. Bei letzterem sind sich aber offensichtlich nicht alle ganz einig.

Samstag, 14. Februar

Besuch der Berufsschule für Kunststoff- und metallverarbeitende Berufe in Sousse – 2 Stunden Autofahrt südlich von Tunis.

Obwohl Samstag eigentlich schulfrei ist, mussten in jedem Werkraum der Schule Schülerinnen an ihre Schulungsplätze, um uns einen Eindruck von der Schule zu geben.

Da der Schulleiter wieder mal drauf und dran war, die gesamte Besuchszeit für seinen Powerpoint-Vortrag zu verbrauchen, müssen wir diese Vorträge massiv abbrechen und bekommen doch noch die Schule zu sehen. Aus Deutschland und von der in Tunesien tätigen Firma Daxmaier aus Bayern erhält die Berufsschule Unterstützung in Form von Maschinen und Schulungsmaterial. Die Nachfrage der tunesischen Arbeitgeber nach den Absolventen ist höher als die Kapazität der Schule. Die Absolventen haben also quasi eine 100%ige Jobgarantie. Einige belegen nebenbei Deutschkurse und sprechen schon ein paar Worte mit uns.



Abbildung 7: Werkshalle des Autozulieferers Leoni

Ebenfalls in Sousse besuchen wir die deutsche Firma Leoni, die seit 35 Jahren im Land ist und Kabelbäume für die Autoindustrie fertigt. Ich treffe dort meinen Gesprächspartner vom Donnerstagabend wieder. Das Unternehmen ist mit 13.000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber im Land - mit einer 100 %igen tunesischen Belegschaft, einschließlich des Managements.

Mit besonderem Stolz stellt uns M. Rouis seine Sozialprogramme vor, für die er als Arbeitgeber ausgezeichnet worden ist. Arbeitnehmer und Unternehmen speisen mit 1,6 Dinar monatlich einen Sozialfonds, aus dem u.a. Beihilfen für Hochzeitsfeiern, Unterstützung von Angehörigen von verstorbenen Mitarbeitern, aber auch eine Kita für 120 Kinder finanziert wird.

Fakt bleibt aber, dass alle deutschen Firmen, die für den Export produzieren, in Tunesien völlig steuerfrei gestellt sind. Bei unserem Firmenrundgang steigen M. Rouis und ich noch mal in die Steuerdiskussion ein und ich kann ihm diesmal die Aussage entlocken, dass es ja künftig vielleicht nicht mehr ganz so ausgeschlossen wäre, Steuern zu zahlen, wenn sich die demokratisch gewählte Regierung bewährt. Ich weigere mich jedenfalls zu glauben, dass eine Firma in der Größenordnung schlichtweg ihre Tore schließen und nach Indien gehen würde, nur weil man sich an

der künftigen Entwicklung der Infrastruktur im Lande angemessen beteiligen sollte. Ein sozial verantwortlicher Unternehmer sollte letztlich ja auch ein Interesse daran haben, dass sich seine Konkurrenz nicht einfach der Verantwortung entziehen kann.

Zurück in Tunis haben wir die Gelegenheit die Finissage der Ausstellung zum 100. Jahrestag der Tunesienreise von Mouillet, Macke und Klee zu besuchen. Sowohl die riesigen römischen Mosaik des Museums als auch die Aquarelle der Ausstellung hinterlassen bei mir einen bleibenden Eindruck. Organisiert hat die Ausstellung das Goethe-Institut.

Am letzten Abend treffen wird den deutschen Botschafter in Libyen, der seit 2011 in Tunis verweilt. Er berichtet über den aktuellen Stand der Genfer Verhandlungen zwischen Vertretern des gewählten Parlaments, Vertretern aus Misrata und seit neuestem auch mit Vertretern des Tripolis-Parlaments.

Auch der Botschafter teilt die Ansicht, dass der Anschlag der radikalen auf den Führer der moderaten Islamisten in Tripolis die Verhandlungsbereitschaft gestärkt habe.

Auch die Türkei und Katar, die bislang die Islamisten der „Morgenröte“ finanziell und militärisch unterstützt haben, sind inzwischen für eine Verhandlungslösung.

Es gibt am Ende doch einen gemeinsamen Grundnenner, da der Krieg die Geschäftsinteressen auf allen Seiten stört. So hat man sich jetzt auf eine Einheitsregierung und eine Liste von vertrauensbildenden Maßnahmen geeinigt. Es gäbe dennoch gefährliche Störer, die diesen Kompromiss zerstören könnten.

Beim Schreiben dieses Berichts geht die Nachricht von der Ermordung der 20 entführten koptischen Christen um alle Welt und Ägypten bombardiert Stellungen der Islamisten in Libyen. Es bleibt zu hoffen, dass die Einigung damit nicht hinfällig wird und die Störer ihr Ziel erreicht haben.

Wirtschaftlich steht Libyen kurz vor der Pleite, da bislang alle Milizen und auch die nach Tunesien geflohenen Libyer weiter ihre staatlichen Gehälter erhalten haben.

Den Wirtschaftszahlen nach erfüllt Libyen inzwischen die Kriterien für ein Entwicklungsland. Es stelle sich daher die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, Libyen mit EZ-Mitteln zu unterstützen, um das Land zu stabilisieren.

Im Süden werden die Grenzen des Landes auf Seiten des Tschad und des Niger inzwischen vom französischen Militär kontrolliert.

Sonntag 15. Februar

Frühstück mit der Leiterin des DAAD in Tunis, die von einer überwältigenden Nachfrage von Studienmöglichkeiten in Deutschland berichtet.

Es gäbe deutlich mehr Akademiker in Tunesien, als der Arbeitsmarkt aufnehmen kann. Deshalb bleiben viele der Absolventen später auch im Ausland, was dem Land selber nicht wirklich weiter hilft. Das Studium ist wenig praxisbezogen und entspricht dem französischen System des Auswendiglernens. Die Abiturnote ist nach wie vor ausschlaggebend für den weiteren Ausbildungsverlauf. Ganz oben stünde Medizin und dann Ingenieurwissenschaften.

Bei den Ingenieurabschlüssen liegt die Frauenquote bei 60 %.

Aufgrund der sehr theoretischen Ausbildung seien Praktikumsplätze mindestens so wichtig wie Studienplätze.

Bevor wir mittags zum Flughafen fahren, bleibt noch etwas Zeit, die Ruinen von Karthago zu sehen. Von den Sehenswürdigkeiten des Landes haben wir nicht wirklich viel gesehen, aber das ist dann bei Gelegenheit nachzuholen....

Marklohe, Februar 2015

Katja Keul